



Kommentar: Sie kümmern sich nicht. Sie konservieren.

Es ist eine dieser politischen Rituale, die sich mit der Verlässlichkeit eines schlecht gewarteten Motors wiederholen: Die Preise an der Zapfsäule steigen – und schon greifen unsere Regierungen zum altbewährten Werkzeugkasten der Beruhigungspolitik. Ein bisschen Steuersenkung hier, ein bisschen Subvention dort, garniert mit der beruhigenden Botschaft: Wir kümmern uns.

Nein, sie kümmern sich nicht. Sie konservieren.

Denn was da subventioniert wird, ist nicht nur Benzin. Es ist ein System der Abhängigkeit, das sich längst als geopolitische Achillesferse erwiesen hat. Wer fossile Energien künstlich verbilligt, betreibt keine Sozialpolitik, sondern Realitätsverweigerung – und finanziert nebenbei jene Strukturen, die Europa regelmäßig in strategische Nervosität versetzen.

Dabei läge die Alternative so greifbar nahe, dass man sich fast fragt, ob sie politisch zu einfach ist, um ernsthaft erwogen zu werden.

Warum eigentlich nicht ein staatlich gefördertes Leasingmodell für Elektroautos? Kein bürokratisches Monstrum, keine komplizierten Förderanträge, sondern ein klarer, nachvollziehbarer Ansatz: 100 Euro im Monat für ein E-Auto. Punkt.

Man stelle sich vor, was das bedeuten würde. Mobilität würde nicht länger am Ölpreis hängen, sondern an einer planbaren, stabilen Kostenstruktur. Haushalte würden nicht mehr zittern, wenn irgendwo am Golf eine Raffinerie brennt. Und die viel beschworene „Energiewende“ bekäme plötzlich eine konkrete, alltagsnahe Form.

Natürlich, es gäbe Einwände. Die Infrastruktur. Die Strompreise. Die Frage der sozialen Treffsicherheit. Alles berechnete Punkte – aber keiner davon ist unlösbar. Im Gegenteil: Sie sind lösbarer als die chronische Abhängigkeit von fossilen Importen, die politisch immer wieder als Naturgesetz hingenommen wird.

Der eigentliche Einwand ist ein anderer, unausgesprochener: Ein solches Modell würde Konsequenz verlangen. Es würde bedeuten, sich von der bequemen Illusion zu verabschieden, man könne die alte Energiewelt mit ein paar steuerlichen Pflastern in die Zukunft retten.

Doch genau diese Illusion ist es, die Europa sich nicht mehr leisten kann.

Die jüngsten Angriffe auf Energieinfrastruktur führen es in brutaler Klarheit vor Augen: Energie ist kein gewöhnliches Gut. Sie ist Machtmittel, Druckmittel, im Zweifel Waffe. Wer sie



Kommentar: Sie kümmern sich nicht. Sie konservieren.

importiert, importiert immer auch ein Stück Unsicherheit.

Ein subventioniertes E-Auto für 100 Euro im Monat mag auf den ersten Blick wie ein großzügiges Versprechen wirken. In Wahrheit wäre es ein Akt politischer Nüchternheit. Es wäre die Einsicht, dass Unabhängigkeit ihren Preis hat – aber Abhängigkeit einen höheren.

Und vielleicht, ganz vielleicht, wäre es auch ein Zeichen dafür, dass Politik mehr kann, als nur Symptome zu lindern. Dass sie gestalten kann.

Bis dahin aber bleibt es beim gewohnten Schauspiel: Die Zapfsäule als politisches Beruhigungsmittel. Und die Zukunft als aufgeschobene Entscheidung.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker